

## Übersicht

über die vom Personalausschuss des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 5. Sitzung am 28.10.2015 gefassten Beschlüsse:

TO.- Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstimmungs- ergebnis
	<b>Öffentlicher Teil</b>		
1.	Niederschrift über die 4. Sitzung des Personalausschusses am 08.06.2015		
2.	Bestellung einer Schriftführerin und stellvertretenden Schriftführerin für den Personalausschuss	2/14	einstimmig
3.	Organisationsuntersuchungen im Planungsamt und im Bauaufsichtsamt des Kreises durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW –GPA-		
4.	Bereitstellung von Notunterkunftsplätzen für ankommende Flüchtlinge		
5.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 03.09.2015: Einführung einer Informationsfreiheitsatzung	3/14	MB bei 13 Gegenstimmen und 1 Enthaltung
6.	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktion vom 21.09.2015: Prüfauftrag auf Streichung von zwei Dezernentenstellen	4/14	einstimmig
7.	Mitteilungen und Anfragen		
	<b>Nichtöffentlicher Teil</b>		
8.	Mitteilungen und Anfragen		

## Niederschrift

über die in der 5. Sitzung des Personalausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 28.10.2015 gefassten Beschlüsse:

---

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 17:05 Uhr  
**Ort der Sitzung:** Raum Sieg  
**Datum der Einladung:** 15.10.2015

### Anwesende Mitglieder:

#### Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Jürgen Becker  
Herr Franz Gasper  
Frau Silke Josten-Schneider  
Frau Gabriele Kretschmer  
Herr Joachim Kühlwetter  
Herr Oliver Roth  
Herr Michael Söllheim  
Herr Helmut Weber

#### Kreistagsabgeordnete SPD

Frau Gisela Becker  
Herr Volker Heinsch  
Herr Björn Seelbach

#### Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Herr Burkhard Hoffmeister  
Herr Ingo Steiner

#### Kreistagsabgeordnete AfD

Herr Norbert Klein

#### Kreistagsabgeordneter DIE LINKE

Herr Michael Lehmann

#### Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Karl-Willi Weck

#### Sachkundige/r Bürger/innen SPD

Frau Barbara Heymann

#### Sachkundige/r Bürger/innen GRÜNE

Frau Gerlinde Neuhoff

5. Sitzung des Personalausschusses am 28.10.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Sachkundige/r Bürger/innen FDP  
Herr Rudolf Wickel

Sachkundige/r Bürger/innen FUW/Piraten  
Herr Martin Zieroth

Schriftführer/in  
Frau Annika Werner

**Entschuldigt fehlten:**

Kreistagsabgeordnete CDU  
Herr Jörg Erich Haselier

Kreistagsabgeordnete SPD  
Frau Ute Krupp

Sachkundige/r Bürger/innen FDP  
Herr Hans-Joachim Pagels

**VertreterInnen der Verwaltung:**

Landrat Schuster  
Kreisdirektorin Heinze  
Ltd. KVD Carl  
Ltd. KVD Jaeger  
Ltd. KVD Nitschke  
KVD Römer  
KOAR Braun  
KOAR Freier (Personalrat)  
Frau Lindemann (Gleichstellungsbeauftragte)  
Frau Hupe

5. Sitzung des Personalausschusses am 28.10.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

	Allgemeine Geschäftsordnungsangelegenheiten	
--	---	--

Der Vorsitzende eröffnete die 5. Sitzung des Personalausschusses und begrüßte alle Anwesenden.

### Öffentlicher Teil

1	Niederschrift über die 4. Sitzung des Personalausschusses am 08.06.2015	
---	---	--

Einwände gegen die Niederschrift des Personalausschusses am 08.06.2015 wurden nicht erhoben. Die Niederschrift gilt daher als genehmigt.

2	Bestellung einer Schriftführerin und stellvertretenden Schriftführerin für den Personalausschuss	
---	--	--

Der Vorsitzende verliest die Beschlussvorlage mit dem Vorschlag der Verwaltung, Frau Simone Hupe zur Schriftführerin und Frau Annika Werner zur stellvertretenden Schriftführerin für den Personalausschuss zu bestellen.

B.-Nr.  
2/14

### **Beschlussvorschlag:**

Der Personalausschuss beschließt, Frau Simone Hupe zur Schriftführerin und Frau Annika Werner zur stellvertretenden Schriftführerin für den Personalausschuss zu bestellen.

Abst.-  
Erg.:

Einstimmig.

3	Organisationsuntersuchungen im Planungsamt und im Bauaufsichtsamt des Kreises durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW –GPA-	
---	---	--

Ltd. KVD Jaeger berichtete von der Untersuchung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW im Planungsamt und im Bauaufsichtsamt des Kreises und gab einen kurzen Sachstandsbericht zum Umsetzungsstand. (siehe beigefügte Anlage 1)

Abg. Becker (CDU) bedankte sich für den Bericht mit dem Hinweis, dass man sich bewusst sei, dass nicht alles sofort umgesetzt werden könne, insbesondere in Anbetracht der zusätzlichen Einführung auf der technischen Ebene. Man ist auf einem guten Weg und er möchte dazu ermuntern, diesen in die gleiche Richtung weiter zu gehen. Er freue sich darauf, dass Handout zur Verfügung gestellt zu bekommen, um dann intern weiter darüber beraten zu können.

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

Abg. Steiner wollte zwei Punkte anmerken. Zum einen hat die GPA den Aufwand der Vorbereitungen des Sitzungsmanagements als erheblich bezeichnet, was sich auch daran bemerkbar macht, dass die Sitzungen durch die gute Vorbereitung zügig abgewickelt werden können. Der Koordinierungsaufwand der gemeinsamen Sitzung mit Bonn, was auch Bestandteil des Vorschlags der GPA ist, sei für den Rhein-Sieg-Kreis sehr aufwendig. Er hoffe, dass sich durch den Personalwechsel an der Spitze der Stadt Bonn evtl. Verbesserungen ergeben, die sich auch auf die Arbeit des Kreises auswirken.

Weiterhin habe er noch eine Frage in Bezug auf die deutliche Kritik der GPA hinsichtlich der Unterstützung durch die EDV-Betreuung des Hauses, die dazu führte, dass ein Mehraufwand entsteht. Da er keinen Hinweis hierauf bekommen habe, gehe er davon aus, dass diese Probleme mittlerweile abgestellt sind.

KVOR Römer bestätigte, dass diese technischen Probleme inzwischen abgearbeitet sind.

Abg. Becker (SPD) bedankte sich für den ausführlichen Bericht und geht davon aus, dass er dann auch noch schriftlich zur Verfügung gestellt wird. In der Fraktion wird man sich sehr intensiv damit beschäftigen, da einige sehr wichtige Fragen angesprochen wurden. In dem Bereich Politik sei der Blick aus Sicht der GPA oft sehr kurzfristig. Sollte man tatsächlich an der Stundenzahl zurückschrauben, dann wird es evtl. aufgrund von Nachfragen zu Doppelberatungen kommen, wenn die Vorbereitung nicht entsprechend ist. Sie glaube nicht, dass dann entsprechende Einsparungen erzielt würden, sondern auf Dauer ein Mehraufwand entstehe, der weder für die Verwaltung noch für die Politik sinnvoll sei. Von daher sei sie noch skeptisch, dass die Umsetzung wie im Prüfbericht vorgesehen ist, erfolgen wird. Man werde sicher nochmals auf den Prüfungsbericht zurückkommen.

4	Bereitstellung von Notunterkunftsplätzen für ankommende Flüchtlinge	
---	---	--

Der Landrat teilte mit, dass bereits in einer Sondersitzung des Sozialausschusses umfangreich über die Flüchtlingssituation berichtet wurde. Auch in der Ältestenratsitzung wird er den Fraktionsvorsitzenden vorschlagen, das Thema Flüchtlinge zu einem Dauertagesordnungspunkt im Kreisausschuss zu machen, um das Thema dort zu bündeln. Der Rhein-Sieg-Kreis habe derzeit zwei Notunterkünfte in Troisdorf und in Hennef zu betreiben, jeweils in der Turnhalle eines Berufskollegs. Für Troisdorf konnte mit dem ASB ein Betreiber gefunden werden und hier läuft es zufriedenstellend. Der vertragliche Rahmen müsse jedoch noch abschließend geklärt werden. In Hennef liefe es noch nicht ganz so reibungslos, da zum einen die Halle baulich nicht so geeignet ist wie vergleichsweise in Troisdorf. Zum anderen muss diese Notunterkunft mit eigenem Personal betrieben werden, da hier noch kein geeigneter Betreiber gefunden werden konnte. Hier wird im Schichtbetrieb mit Mitarbeitern/innen aus dem Haus gearbeitet, die nicht speziell für diese Belange ausgebildet sind und eigentlich auch ganz andere Aufgaben hier im Hause hätten. Allen diesen Mitarbeitern/innen möchte er ausdrücklich danken und seine Anerkennung zum Ausdruck bringen. Die Leistung sei bewundernswert. Mittlerweile käme man aber an einen Punkt, an dem diese Mitarbeiter/innen – wenn gewünscht - aus den verschiedensten Gründen ausgetauscht werden könnten. Daher möchte er zum Ausdruck bringen, dass er als Landrat diese Bereitschaft zu schätzen weiß und versichert, dass niemand, der sich freiwillig meldet, einen beruflichen Nachteil zu erwarten habe. Er wies

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

auf die bevorstehende Informationsveranstaltung hin, mit Informationen zu den Hintergründen und verbunden mit der Hoffnung, die Bereitschaft für diese Aufgaben noch zu erhöhen und so ein Gemeinschaftsgefühl in der Verwaltung zu fördern. Unabhängig davon würde weiter nach einem Betreiber gesucht. Grundsätzlich liefen die Verteilung und die Registrierung der Flüchtlinge noch nicht rund und man werde alleine gelassen, auch finanziell. Er hoffe, dass die Gesetze, die auf den Weg gebracht worden sind, ein Schritt in die richtige Richtung sind. Denn auch der bevorstehende Winter und die kalten Temperaturen mache die Situation immer prekärer.

KD'in Heinze bestätigte die Ausführungen, die sie noch ergänzen könne. Danach sei der Krisenstab erstmalig in der Geschichte des Kreises nach dem 06.09.2015 einberufen worden, er ist im Amt 38 angesiedelt. Dieser hat diese Tätigkeiten mit einer Koordinierungsgruppe ausgeübt. Nach einer Woche konnte dann die Notunterkunft in Troisdorf an den Regelbetreiber ASB übergeben werden. Die Verträge hierzu sind von hier zu schließen und anschließend die Kostenerstattung bei der Bezirksregierung zu beantragen. Bereits jetzt sind als Abschlag 150.000 € zu veranschlagen. Beide Einrichtungen müssten auch noch winterfest gemacht werden, mit entsprechenden Containern und Zelten etc.. In der Unterkunft in Troisdorf läuft es gut. Hier sind die Flüchtlinge bereits registriert worden und man sei jetzt in der zweiten Besetzung mit 228 Flüchtlingen. In Hennef sei man noch in der ersten Belegung, rechnet aber in dieser Woche mit einer Registrierung. Danach würde die Halle eine Woche stillgelegt werden, um den Boden neu zu ertüchtigen und einige Maßnahmen zu ergreifen. In Hennef seien 10 Mitarbeiter/innen in der Stammbesetzung, die aufgeteilt sind in 2 Manager pro Schicht und 3 Betreuer. Sicherheitsdienst, Reinigungsdienst und Catering sind extern eingekauft worden. Alles andere wie Betreuung, Gespräche, Kleiderstube, Kinderbetreuung, Fahrdienste übernehmen die Mitarbeiter/innen alles selber. Solange kein Betreiber gefunden werden kann, läuft das auch so weiter. Dies sei eine große Herausforderung und nur mit großem Engagement möglich. Jedoch habe dies auch Auswirkungen auf die Aufgabenwahrnehmung im Haus und sie bat um Verständnis, wenn dies mal spürbar sein sollte. Alle Amtsleiter/innen, Dezerenten seien informiert und würden die Hintergründe kennen. Auch mit den Städten und Gemeinden sei man ständig im Gespräch und Austausch. Sie dankte ausdrücklich allen, die bei dieser Aufgabenwahrnehmung unterstützen, insbesondere den Mitarbeitern/innen.

Abg. Becker (CDU) dankte für die ausführlichen Berichte und bat den Dank auch den Mitarbeitern/innen im Einsatz ausdrücklich mitzuteilen. Die freiwillige Bereitschaft verdiene höchste Anerkennung. Seitens der Politik solle die Verwaltung geschont werden, in dem Überflüssiges nicht an sie herangetragen wird.

Abg. Klein stellte die Frage, wann nach Ansicht der Verwaltung der Punkt erreicht sei, wo gesagt wird, dass man an der Kapazitätsgrenze angelangt sei und dass man weiteren Anordnungen von Bezirksregierung oder Land nicht mehr Folge leisten könne. Er fragte, wie die Verwaltung dazu stehe.

KD'in Heinze führte hierzu aus, dass einer Anfrage der Bezirksregierung vom 13. Oktober auf Einrichtung weiterer 250 Plätze zu den vorhandenen 500 Plätzen nicht entsprochen worden ist und dies sei von dort so akzeptiert worden.

Der Landrat teilte mit, dass die Diskussion um die Obergrenze hier nicht geführt werden könne. Dann würde dies entsprechend über die Bezirksregierung an das Land und die Bundesregierung gemeldet werden müssen. Bei einem geplanten Treffen mit den Bürgermeistern/innen soll es auch um eine mögliche Bündelungslösung gehen,

5. Sitzung des Personalausschusses am 28.10.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

zur Unterstützung der kleineren Kommunen. Weitere Überlegungen werden angestellt, neue Einrichtungen auf freien Flächen in Schnellbauweise zu schaffen. Wenn die Kapazitäten erschöpft sind, ist das Land oder der Bund gefragt, weitere Lösungen anzubieten. Dies könne man aber nicht an einer Zahl festmachen.

Abg. Becker (SPD) bedankte sich auch für den Bericht und möchte den Dank weitergeben an die Mitarbeiter/innen. Der Einsatz sei bewundernswert. Die Frage der Obergrenze könne hier nicht beantwortet werden.

Abg. Neuhoff möchte den Mitarbeitern/innen vor Ort danken, die enormes leisten. Sie dankte aber auch Frau Heinze und Herrn Schuster, da das Engagement der Leute vor Ort davon abhängt wie gut, schnell, flexibel, strukturiert und strategisch in einer Verwaltungsspitze auf so eine Katastrophensituation reagiert wird. Dies habe hier im Rhein-Sieg-Kreis sehr gut funktioniert und hilft den Leuten.

Abg. Wickel merkte an, dass Frau Heinze in ihrem Beitrag von 10 Mitarbeitern/innen in der Stammbesetzung gesprochen habe und Herr Schuster von ca. 30 – 40 in dem Schichtdienst. Er möchte gern wissen, ob man beziffern könne, wie viele Mitarbeiter/innen in der Summe in der Flüchtlingsproblematik momentan beschäftigt sind beim Kreis.

KD'in Heinze ergänzte die Ausführungen dahingehend, dass zu Beginn im Krisenstab für ca. 14 Tage 12 – 14 Kollegen/innen tätig waren. Darauf folgte die Überführung in eine Stabsstelle 09 unter Leitung von Herrn Zimmermann und der Vertreterin Frau Lindemann mit 2-3 weiteren Leuten im BackOffice für die ganzen vertraglichen Dinge und die Organisation. Vor Ort sind 10 Mitarbeiter/innen im Schichtdienst im Einsatz, diese werden von ca. 20 Mitarbeitern/innen im Springerdienst unterstützt. Hinzu kommen erhebliche Stundenanteile von der Personalabteilung, der Gebäudewirtschaft, dem Gesundheitsamt, dem Schulamt, dem Jugendamt und dem Veterinäramt. Fachlich sind also die unterschiedlichsten Ämter zur Unterstützung vertreten. Somit ist ein erheblicher größerer Anteil nötig, als man womöglich auf den ersten Blick vermutet.

Der Vorsitzende bedankte sich bei Frau Heinze und dem Landrat für den unermüdlichen Einsatz. Er bedankte sich im Namen des Ausschusses insbesondere bei den Mitarbeitern/innen für den Einsatz und bat Herrn Schuster darum, diesen Dank an die Mitarbeiter/innen weiter zu geben.

5	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 03.09.2015: Einführung einer Informationsfreiheitssatzung	
---	--	--

Abg. Becker (SPD) ging kurz darauf ein, dass der Antrag auch schon in den Fraktionen beraten wurde und sei verwundert darüber, dass er jetzt an den Personalausschuss verwiesen wurde. Er wäre im Kreisausschuss richtig gewesen. In dem Antrag ginge es darum, Informationen für alle zugänglich zu machen. Alle Bürger müssten die Möglichkeit haben, jederzeit auf öffentliche Informationen, die nicht ausdrücklich dem Datenschutz unterliegen, Zugriff zu haben. Im Moment sei dies nur per Antrag und ggfls. mit Gebühren möglich. Dem Antrag sei ein Entwurf beigefügt, der von verschiedenen Institutionen übernommen wurde. Daran könne sich die Verwaltung orientieren und einen entsprechenden Vorschlag für den RSK machen. Sobald der Vorschlag vorliegt, könne der Kreisausschuss fundiert darüber diskutieren. Dies wäre

ein Signal in die Öffentlichkeit, dass der RSK offen ist und Informationen zur Verfügung stellt. Auf der Landesebene wird eine Änderung des Informationsfreiheitsgesetzes vorbereitet. Genau in diese Richtung ginge auch diese Satzung und die Vorbereitung wäre somit im Vorgriff hierauf und nicht umsonst.

Abg. Becker (CDU) sah einen signifikanten Personal- und Finanzaufwand. Gegenwärtig kommen ca. 5 – 10 Anfragen pro Jahr aus der Bürgerschaft. Der Bedarf sei somit nicht so eklatant. Dennoch wird man sich zu gegebener Zeit damit auseinandersetzen müssen. In Zeiten jedoch, wo man die GPA im Rahmen einer Organisationsuntersuchung beauftragt habe, zu prüfen wo man Personal einsparen könne oder dieses effektiver einsetzt, sollte man die Verwaltungsarbeit nicht auftürmen. Auch gerade im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation sei nicht der Zeitpunkt, wo man sich diesen Dingen widmen könne. Hinzu käme, dass gerade im Landtag über die Novellierung des entsprechenden Gesetzes debattiert wird. Solange die Situation unklar sei und sich in alle Richtungen entfalten könne, sollte die Verwaltung nicht mit Prüfaufträgen beschäftigt werden.

Abg. Steiner habe im Prinzip mit der Begriffswahl eine Irritation, da eine Informationssatzung nur dann Sinn mache, wenn ein Land das Bundesinformationsfreiheitsgesetz nicht in Landesrecht umgesetzt hätte. Dies sei aber in NRW der Fall. Im Antrag der SPD läge ein Widerspruch vor mit dem Satz, dass für den RSK ein größerer Bürgerservice und mehr Transparenz möglich wären, wenn eine entsprechende Informationsfreiheitssatzung erarbeitet und verabschiedet würde. Diese würde weder die Rechnerressourcen, noch die Software, noch die personellen Ressourcen schaffen und digitalisiert keine Akten. Sie lege nur fest, was der RSK machen muss und definiert die Arbeit. Sie schafft nur die Regeln und keine Transparenz. Wir seien schon weiter im RSK mit dem beschlossenen Antrag von CDU und Grünen unter der Überschrift „Digitales Sitzungsmanagement“, wo die Voraussetzungen geschaffen werden sollen, Akten zukünftig zu digitalisieren und vereinfacht den Bürgern zur Verfügung zu stellen. Im weiteren Schritt ist eine Homepage vorgesehen, worüber die Bürger schneller ihre Informationen bekommen, die sie suchen, bis hin zu einer Einwohner-App, wo konkret ein Anfragemanagement für die Bürger eingerichtet wird, um auf einem modernen Weg an Informationen zu kommen. Das sei der Weg und dafür brauche man keine Satzung, sondern Zeit und entsprechende Ressourcen. Es wurde bewusst darauf verzichtet, erst einmal die Altbestände zu digitalisieren. Hier spräche man von einem finanziellen Aufwand im siebenstelligen Bereich. Darum lieber den Blick nach vorne richten, um für die Zukunft ein System zu schaffen und am Ende zu erreichen, dass die Bürger schneller zu den Informationen kommen. Lieber daran arbeiten, was bereits auf den Weg gebracht wurde und mit Leben füllen.

Abg. Wickel erklärte, dass der Aufwand in keinem Verhältnis zu dem Nutzen stehe.

Abg. Becker (SPD) fände es sinnvoll, den Aufwand erst einmal zu definieren und das durch die Verwaltung prüfen zu lassen. Eine Kalkulation hinsichtlich der Gebühren für den Kreishaushalt habe sie noch nicht gesehen. Von daher habe sie den Eindruck, dass nicht gewünscht sei, sich damit überhaupt zu beschäftigen. Es wäre fair, zu prüfen, welche Informationen zugänglich gemacht werden müssten. In einer Satzung könne alles entsprechend festgelegt werden, z.B. ab wann begonnen wird. Darum ginge es in dem Prüfauftrag und sie werde den Antrag nicht zurückziehen. Das Digitale Sitzungsmanagement wurde gemeinsam beschlossen, aber der Antrag ginge darüber hinaus. Daher sei es sinnvoll einen entsprechenden Prüfauftrag an die Verwaltung zu geben, inklusive der Ermittlung der Kosten, um sich auf dieser Grund-



5. Sitzung des Personalausschusses am 28.10.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

lage damit zu beschäftigen. Im Moment sei aufgrund der Flüchtlinge eine besondere Situation, von daher könne man sich über einen Zeitrahmen einigen.

Abg. Hoffmeister hielt fest, dass man in einem Prozess weit fortgeschritten sei, der Mut mache. Er wolle nicht zurückfallen und keinen Aufwand investieren in etwas was nicht nach vorne schaut. Der Antrag komme zu einem bestimmten Zeitpunkt um das Thema zu besetzen. Er sei für eine glatte Ablehnung, da man sich bereits in der Arbeit befindet.

Der Vorsitzende bat die Ausschussmitglieder daraufhin um Abstimmung.

B.-Nr.  
3/14

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 03.09.2015 wird abgelehnt.

Abst.-  
Erg.:

Mehrheitsbeschluss bei 13 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.

6	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktion vom 21.09.2015: Prüfauftrag auf Streichung von zwei Dezerntenstellen	
---	--	--

Der Landrat sei dankbar für die Anregung. Dieser Antrag sei bei ihm und im Hause sehr positiv aufgenommen worden. Da beide Dezernten im Januar 2017 ausscheiden würden, habe man ausreichend Zeit, den Prüfungs- und Beratungsprozess durch die GPA auf sich wirken zu lassen, die Erkenntnisse daraus zu ziehen und auch umzusetzen. Er würde darum bitten, dass die Verwaltung vom Ausschuss wie beantragt einen Prüfauftrag bekommt. Das könne man nicht im Sinne einer Beschlussfassung festlegen, sondern dies müsse vorbehaltlich der Erkenntnisse erfolgen, die aus der Zusammenarbeit mit der GPA in den nächsten Wochen und Monaten gewonnen werden. Der Personalausschuss würde selbstverständlich zeitnah über den Fortgang der Prüfung unterrichtet.

Abg. Becker (CDU) nahm erfreut zur Kenntnis, dass die Prüfung wohl in Gang ist. Er möchte allerdings im Personalausschuss durchaus beschließen lassen, hierzu weiter in diese Richtung zu prüfen und ein Ergebnis der Prüfung vorzulegen. Es handelt sich nicht um einen Beschluss, die Stellen tatsächlich wegfällen zu lassen. Das sei klar und man brauche das Ergebnis der Prüfung. Aber es wäre gut, wenn auch die übrigen Fraktionen Gelegenheit hätten durch ihr Abstimmungsverhalten die Tendenz dieses Antrages mit bestätigen zu können, wenn sie denn wollten.

Abg. Becker (SPD) begrüßte den Antrag aus Sicht der SPD, da in den vergangenen Jahren häufiger von der Fraktion geäußert wurde, dass auch in der Spitze gespart werden sollte und könnte. Der Antrag ginge in die richtige Richtung. Der Sozialbereich sollte bei der genauen Prüfung im Auge behalten werden, wo dieser Bereich zukünftig mit entsprechender Fachkompetenz abgebildet werden könnte.

Der Vorsitzende bat um Abstimmung zum Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen.

B.-Nr.  
4/14

Dem gemeinsamen Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 21.09.2015 wird zugestimmt.

5. Sitzung des Personalausschusses am 28.10.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abst.- Einstimmig.  
Erg.:

7	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Im öffentlichen Teil lagen keine Mitteilungen und Anfragen vor.

**Ende des öffentlichen Teils**

5. Sitzung des Personalausschusses am 28.10.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

**Nichtöffentlicher Teil**

8	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Im nichtöffentlichen Teil lagen keine Mitteilungen und Anfragen vor.

Helmut Weber  
Vorsitzende/r

Annika Werner  
Schriftführer/in